

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Ursula Albel

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677

Fax (0202)

E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Antrag

Datum 15.09.2005

Drucks. Nr. VO/1155/05
öffentlichZur Sitzung am
21.09.2005
26.09.2005Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal**Erhalt der Schulbezirksgrenzen****Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 15. September 2005**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge beschließen,
der Rat der Stadt schließt sich der Auffassung des Städtetags NRW und der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft an, dass die Schulbezirksgrenzen nicht aufgelöst werden.

Er fordert den Ministerpräsidenten Herrn Rüttgers auf, die Koalitionsvereinbarung zur
Auflösung der Schulbezirke für die Grundschulen zu revidieren und den Bestand der
Schulbezirksgrenzen zu sichern.

Begründung:

Die Landesregierung plant die Auflösung der Schulbezirke ab dem Jahr 2008. Dann sollen
Eltern die Grundschulen für ihre Kinder frei wählen können und nicht mehr an den Wohnort
gebunden sein.

Bewährte Strukturen werden dadurch zerstört. Nicht mehr die Nähe zur elterlichen Wohnung
ist dann entscheidend, sondern der vermeintliche Ruf der Schule. In weniger angesehenen
Schulen bleiben die Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern unter sich.

Die Konsequenz aus dieser Politik wäre eine Tendenz zur Gettoisierung im Schulbereich und
fördert die soziale Spaltung der Gesellschaft.

Gerade PISA hat gezeigt, dass die soziale Ausgrenzung das Grundübel unseres
Bildungswesens ist.

Die Aufhebung der Schulbezirke und damit die Konkurrenz der Schulen untereinander ist kein
Mittel, die Qualität der Grundschulen zu steigern.

Schulen wären gezwungen, um SchülerInnen zu werben: mit Werbeveranstaltungen, mit
Hochglanzbroschüren und einem Unterricht, der vor allem auf gute Testergebnisse orientiert
ist und nicht mehr dem einzelnen Kind die Zeit zum Lernen gibt, die es wirklich braucht.

Bildung sollte für alle Kinder gleich gut und umfassend sein und qualifiziert angeboten werden.

Kinder und Bildung sind keine Ware.

Die Grundschule mit ihrem spezifischen Profil muss weiterhin Schule im Stadtteil bleiben. Aus sozialen, pädagogischen und schulplanerischen Gründen soll an der Leitlinie der wohnortnahen Schulversorgung festgehalten werden. Das Prinzip „Kurze Beine - Kurze Wege“ muss weiterhin gelten. Alle polizeilichen Erkenntnisse belegen, dass dadurch Kinder frühzeitig an ein verkehrsgerechtes Verhalten herangeführt werden. Ein gesicherter Schulweg wäre bei Auflösung der Schulbezirke in vielen Fällen nicht mehr gewährleistet. Eltern würden ihre Kinder mit dem PKW zur Schule fahren oder die Kosten für den ÖPNV übernehmen müssen. Diese Form von Mobilität ist für viele Menschen aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender